

ADGW-Forderung für Kriegslieferungen an Japan

Heuchlerischer Appell an den Völkerbund — D. R. Ulrich ist das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Kriegstreiber — Arbeiter, gebt ihnen die richtige Antwort!

Der Vorstand des ADGW gibt bekannt, daß er zu dem Krieg im Fernen Osten Stellung genommen habe. Was haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer beschlossen? Fordern sie dazu auf, die Produktion von Kriegsmaterial und die Kriegstransporte zu beschleunigen? Nichts von alledem. Der ADGW-Vorstand richtet einen Appell an den Völkerbund, an denselben „Völkerbund“, der den japanischen Raubkrieg begünstigt, an den „Völkerbund“, in dem der französische Imperialismus die Führung hat, der am meisten die japanischen Imperialisten unterstützt und ihnen riesige Geldmittel zur Kriegsführung gegeben hat. Die ADGW-Führer „erwarten“, daß die Völkervereinigung „ihren Einfluß ausüben“ wird, um eine Stellungnahme des Völkerbundes für Beendigung des Krieges herbeizuführen.

Dieser ganze heuchlerische Appell der ADGW-Führer ist nur der Versuch, die Arbeiter von einem wirklich aktiven Kampf gegen den imperialistischen Krieg abzuhalten und die Tatsache zu verschleiern, daß sie selbst in der imperialistischen Kriegsführung stehen.

Wäre es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ernst mit der Weigerung zum japanischen Raubkrieg, so müßten sie die Arbeiter auffordern, die Herstellung von Munition und sonstigem Kriegsmaterial und den Transport von Kriegsmaterial zu verweigern. Die ADGW-Führer tun das Gegenteil. Sie begünstigen überall die Herstellung von Kriegsmaterial. Sie sind

für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

Der sozialdemokratische DWA-Beröhmlichste von Berlin, Ulrich, hat in einer Fraktionsversammlung der sozialdemokratischen DWA-Mitglieder am 29. Februar scharf gegen die Verweigerung von Kriegstransporten gesprochen. Er wandte sich mit aller Verbe gegen Streiks, die die Beschleunigung der Produktion von Kriegsmaterial zum Ziele haben. Unter einer wilden Hege gegen die Sowjetunion erklärte er, daß man die Parole der Verteidigung der Sowjetunion aufs schärfste bekämpfen müsse.

Das ist das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Sie folgern die Hege gegen die Sowjetunion, sie arbeiten auf den Interventionskrieg hin. Auch der vom ADGW-Vorstand zum 23. März einberufene Kräftekongreß, zu dem die Steyer-Delegierten des Frankfurter Kongresses eingeladen worden sind, wird außer dem „Arbeitsbeschaffungs“-Mindest eine verschärfte Hege gegen die Sowjetunion bringen.

Arbeiter, erkennt die Rolle der SPD-Führer! Ihr Werk gegen den imperialistischen Krieg kämpfen! Nun, dann gilt es, sich in allen Betrieben zu einigen, überall die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial zu verweigern. Dann gilt es, der antibolschewistischen Hege der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer entgegenzutreten.

Erhebt in allen Betrieben und in allen Gewerkschaftsversammlungen eure Stimme! Wendet euch geschlossen dagegen, daß auf dem „außerordentlichen Gewerkschaftskongreß“ durch nicht erwählte ADGW-Mitglieder gegen die Sowjetunion gehegt wird! Wählt in den Gewerkschaftsversammlungen klassenbewußte Delegierte zu diesem Kongreß! Organisiert selbst Versammlungen der Gewerkschaftsmitglieder und entsendet eure Delegierten! Sorgt dafür, daß die klassenbewußten Arbeiter sich anlässlich dieses Kongresses möglichst ihrer Stimme erheben!

Arbeiter! Weht den ADGW-Führern, die gegen die Sowjetunion hegen und die zur Wahl von Hindenburg auffordern, überall die richtige Antwort:

Kämpft mit Ernst Thälmann gegen den imperialistischen Krieg!

Zwei neue Mordtaten der Nazis

SPD-, KPD- und parteilose Arbeiter organisieren gemeinsamen Masseneisenschuh

Glücksd. 4. März (Sig. Drahtsch.)

Nachdem vorgestern unter den Nazisugeln des Mitglieds des KPD, Kurt Strohsfeld sein Leben lassen mußte, ist gestern nachmittag 17 Uhr der Reichsbannerarbeiter Paul Knieß im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Der Arbeiterklasse Glücksd. hat sich eine ungeheure Erschütterung bemächtigt die sich darin äußerte, daß die Reichsbannerarbeiter zusammen mit den kommunistischen Arbeitern und den Parteilosen einen gemeinsamen Masseneisenschuh organisierten.

Ueberrfälle auf Reichsbannerarbeiter

Oberhessen/Rheinland, 3. März. (Sig. Drahtsch.)

Am 2. März vormittags wurde ein Reichsbannerarbeiter von Nazis überfallen und mißhandelt. Darauf bildeten sich im Zentrum der Stadt einheitsliche Demonstrationen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den Nationalsozialismus. Starke Polizeikräfte waren eingesetzt, um die Arbeiter aus dem Stadtzentrum zu vertreiben. Diese Situation nahmen die Nazis aus, die eine Versammlung abhielten, um erneut Arbeiter zu überfallen. Der Reichsbannerarbeiter Heinrich Pelting erhielt einen schweren Unterleibsschlag und mußte mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei war bei diesen Nazi-Ueberrfällen nicht zu sehen, so konnten also die Naziterrordanden im Dunkel der Nacht verschwinden.

Polizeibeamter tot aufgefunden

Wie das Dresdener Polizeipräsidium mitteilt, wurde in der Nacht zum Freitag auf der Reissdorfer Straße an der Tankstelle oberhalb des Balkhofes Leichnam der 33 Jahre alte Polizeibeamte Emil Schmidt vom 22. Polizeibezirk mit einem Herz-

Belegschaft Machow & Pavier, Zittau, zur roten Einheitsfront und Ernst Thälmann

Eine am 4. März stattgefundene Belegschaftsversammlung des Textilbetriebes Machow & Pavier, Zittau, nahm nach einem Referat des Genossen Eiger und darauf folgender Diskussion, in der sich alle Redner für die rote Einheitsfront aussprachen, folgende Entschliessung einstimmig an:

„Die heute am 4. März stattgefundene Betriebsversammlung der Firma Machow u. Pavier erhebt scharfsten Protest gegen die Notverordnungsmaßnahmen der Reichsregierung und die neuen Abbaupläne der Bourgeoisie durch die das Hungerlohn der Arbeiter noch mehr verschärft werden soll. Die Versammlung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die SPD und die Gewerkschaftsleitung, die den Arbeitern den Kandidaten der Bourgeoisie, Hindenburg, zur Reichspräsidentenwahl präsentieren. Hindenburg wählen, heißt, sich der Bourgeoisie, ihrer verschärften Ausbeutung und Unterdrückung bedingungslos unterwerfen.“

Die Arbeiter müssen im Gegenteil den härtesten Kampf gegen die Bourgeoisie in allen Fragen und auf allen Gebieten durchführen. Deswegen begrüßt die Belegschaft die Aufforderung des proletarischen Klassenkandidaten Ernst Thälmann durch die KPD.

Indem die Belegschaft alle Tarifarbeiter auffodert, ihre Stimme zu geben, verpflichtet sie sich, die rote Einheitsfront zum Kampf um Lohn und Brot zu schließen.

Zur Entsendung eines Delegierten der Tarifarbeiter zur Gewerkschaft, sprach sich die Belegschaft einstimmig für den Vorschlag der Firma F. E. Köhner (Bericht siehe auf der Belegschaftsliste der heutigen Nummer) aus.

Diese Betriebsversammlung ist ein Beispiel zur Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft für die rote Einheitsfront zum Kampf um die Lebensinteressen des Proletariats, für die Wahl des roten Kandidaten Thälmann!

SPD-Arbeiter Willi Bötkel aus der SPD ausgeschlossen!

Wir erhalten von dem sozialdemokratischen Arbeiter Willi Bötkel, der im vergangenen Jahre an einer Tagung-Delegation teilnahm und sich im Vorfeld daran für die Schaffung der roten Einheitsfront und die Verteidigung der Sowjetunion aktiv einsetzte zu seinem Ausschluß folgende Erklärung:

„Der Bezirksvorstand der SPD Ostpreußen, hat mich am 3. März mit sofortiger Wirkung aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Als Grund wird angegeben, ich hätte in Versammlungen und in Flugblättern Propaganda gegen die SPD und für die KPD gemacht.“

Diese Begründung entspricht voll und ganz der feindsindigen Einstellung der SPD-Bürokratie gegenüber den Klasseninteressen des Proletariats.

Was habe ich getan? Ich habe mich in Versammlungen für die Herstellung einer revolutionären Einheitsfront des gesamten Proletariats auf breiter Grundlage eingesetzt. Daß diese Stellungnahme sich heute gegen die SPD richten muß, zeigt nur, daß sie das härteste Hindernis für die Einigung des Proletariats geworden ist. Ihrer Politik liegt die reformistische Theorie und das Streben zugrunde, den Kapitalismus über die Krise hinwegzujagen. Jeder eingetragene marxistisch geachtete Arbeiter sieht aber, daß der Kapitalismus die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeiten erreicht hat, daß seine Weiterentwicklung nur möglich ist bei weiter fortschreitender Revolution der Massen. Die Arbeiterklasse sieht einseitig vor der Wahl, basierend an der Hungergrenze dahinsinken oder den re-

volutionären Kampf um den Sozialismus, der allein Fortschritt für alle bringt vorbereiten und aufnehmen. Die Herstellung einer proletarischen Einheitsfront ist die erste und notwendige Vorbedingung hierzu.

Die KPD fördert im Gegensatz zur SPD diese Schließungen. Das erklärt, daß jeder der für Einigung des Proletariats eintritt, sich der KPD nähern muß. Die Haltung der SPD zur Reichspräsidentenwahl steht vollends in föhrendem Gegensatz zu der klassenmäßig richtigen Politik, wie sie die KPD bekennt. In Hindenburg des „kleineren Übels“ gegenüber Hitler haben, bedeutet ebenso wie die gezielte Terrorerregung durch falschen Verzicht auf den Klassenkampf. Das würde alle wirklichen sozialdemokratischen Arbeiter, denen es Ernst ist die Durchsetzung der sozialistischen Ziele zu erreichen, für sich dort es keinen Zweifel geben, daß auch diese Wahl ein Stück Klassenkampf ist und deshalb kann es für sie nur ein geben, den Kandidaten ihrer Klasse: Ernst Thälmann zu wählen.“

SPD-Arbeiter! Solidarisiert euch mit der Einheitsfront! Nehmt eure Genossen Bötkel! Fordert ihn auf, in allen Gewerkschaftsversammlungen zu sprechen. Macht euch frei von der Einflucht einer in einer Front mit der Bourgeoisie gebundenen Führer!

Recht euch ein in die rote Einheitsfront und kämpft gemeinsam mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern für die Existenz und den Sieg der Arbeiterklasse über alle ihre Feinde!

Zutreiberdienste für Hindenburg-SPD

Während die SPD-Arbeiter durchaus christlich für die rote Einheitsfront und den einzigen Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu kämpfen gemittelt sind, enthält die Sozialistische Arbeiter-Zeitung, das Organ des Reichsbanner der Sowjetunion-Partei, immer offener ihr Gesicht als Zutreiberin für die Hindenburg-SPD.

In einem Aufsatz — unter dem tut es der Vorstand dieses Stützpunktes nicht mehr — beschwerten sich die Sechsbündler und Kolonnenführer darüber, daß das Zentralkomitee der SPD auf das plumpe Einheitsstamm in a n a o e r von Sechsbündler nicht eingegangen ist. Diese Herrschaften, die in den Betrieben den Terror durch der Gewerkschaftsführer unterhalten, die in den Arbeitervertretern den Kampf gegen den Nationalsozialismus fortsetzen, wagen nun „gemeinsamen Aktionen“ zu reden.

Gemeinsame Aktionen, sowohl, aber nicht in diesen „linken“ Abgabebürokratien der sozialdemokratischen Hindenburg-Politik, sondern mit den christlichen Nationalsozialisten SPD-Arbeitern!

Nach offener zeigt sich der Zweck des Einheitsstammens der SPD in einem Artikel vom 1. März. Dort heißt es: „Je mehr Stimmen sich auf den Kandidaten der SPD, Ernst Thälmann, vereinigen, desto größer wird der zweite Wahlgang die Aussicht, daß in den beiden (1) Arbeiterparteien, in der SPD sowohl wie in der KPD, der Kernpunkt (1) zu ihrem Recht gelangt.“

Nun ist es heraus! Die verbroderlichten Demagoguen der SPD wollen ihre Mitglieder als Stimmvieh für einen Kandidaten der Hindenburg treuen SPD einspannen. Es wird nicht gelingen. Die christlichen SPD-Arbeiter gehen nicht mehr wie die Sechsbündler, mit der Stalllaternen auf die Suche nach irgendeinem „Einheitskandidaten“, für sie ist der Kandidat der proletarischen Einheitsfront bereits gefunden: es heißt:

Ernst Thälmann!

Erklärung!

In dem von uns gestern veröffentlichten kurzen Artikel ist die sozialistische Jugendproletarier wird an verschiedenen Stellen die Formelstellung gebraucht, daß die SPD und der KPD eine einheitliche Organisation ist bzw. eine zentralistische Partei ist. Diese Formulierung ist vollkommen falsch. Die SPD und der KPD sind keine zentralistische Organisation wie die KPD, sondern eine lose verbundene Organisation, in der die SPD die Hauptrolle spielt und die KPD die Nebenrolle. Die SPD und der KPD sind genau so wie die Einheitsgruppe eine „lose“ Allianz des Sozialismus, deren Zweck darin besteht, die Arbeitermassen vor dem Abwärtssinken in den revolutionären Lager abzuhalten.

Wir werden diese Frage in den nächsten Tagen ausführlich behandeln. Redaktion der Arbeiter-Zeitung.

Unser Bormarsch auf dem Lande!

In letzter Zeit gelang es der Ortsgruppe Königsdorf drei neue Ortsgruppen ins Leben zu rufen. Jetzt müßte es Laubitz, daß am 2. März auch in Bohra eine neue Ortsgruppe geschaffen wurde. Die vor kurzem gegründeten Ortsgruppen haben durch intensive Werbung ihre Mitgliederzahl wesentlich gesteigert. In der nächsten Woche werden zwei weitere Ortsgruppen, und zwar in Neustich und Hörsdorf bei Königsdorf gebildet.

Auch aus der Dippoldswalder Höhe werden neue Ortsgruppen gebildet. Die neugegründeten Ortsgruppen Kappendorf und Reischdorf machen sehr gute Fortschritte. Auch werden noch vor dem ersten Wahlgang neue Ortsgruppen gebildet.

Morgen geht es hinaus aufs Land. Treibt möglichst die Sorge dafür, daß durch die rote Landorganisation gute Kontakte die Schaffung neuer Positionen unter den Landarbeitern und Kleinbauern geschaffen werden.